

04/2008

**2015**  
aktuell

29. April 2008

1. **Milliarden Menschen von Hungerkrise bedroht – Radikale Reformen der Landwirtschaft gefordert**
2. **OECD Bericht: internationale Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit gesunken**
3. **Treffen der G8-Entwicklungsministerinnen und -minister in Japan**
4. **Sparstreit in der Bundesregierung gefährdet Erhöhung des Entwicklungsetats**
5. **Frühjahrstagung von IWF und Weltbank**
6. **Europäisches Parlament fordert mehr Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit**
7. **Soziale Sicherung und Millenniumsziele**
8. **UNICEF-Bericht zu Kindern und AIDS**

*Kurz notiert*  
*Termine*

---

### **1. Milliarden Menschen von Hungerkrise bedroht – Radikale Reformen der Landwirtschaft gefordert**

Steigende Lebensmittelpreise führten in den letzten Wochen in vielen Ländern der Welt zu Demonstrationen und Aufständen. Milliarden Menschen, die von weniger als 2 US-Dollar am Tag leben müssen, sind von der dramatischen Erhöhung der Nahrungsmittelpreise besonders betroffen. Laut Angaben der Weltbank stieg der Preis für Weizen seit Februar 2005 um 181 Prozent. Für Reis muss heute rund 20 Prozent mehr bezahlt werden als noch im Januar dieses Jahres. Gründe für die Preissteigerungen sind unter anderem die hohen Energiekosten für Produktion, Verarbeitung und Transport, der Klimawandel, die Produktion von Biotreibstoffen und der weltweit zunehmende Fleischkonsum (siehe 2015-aktuell 03/2008). Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul äußerte sich besorgt über die

Situation. In einer Aktuellen Stunde des Bundestags wies die Ministerin am 23. April darauf hin, dass zur Verhinderung einer Hungerkatastrophe schnelle Antworten auf die Krise erforderlich seien. Das BMZ stockte seine Nahrungsmittelnothilfe aus aktuellem Anlass um zusätzliche 10 Millionen Euro auf. Außerdem legte das Ministerium mit dem „Pakt für Ernährungssicherung“ einen 9 Punkte Plan zum weiteren Vorgehen der Weltgemeinschaft gegen die Nahrungsmittelkrise vor. Unter anderem sei es zentral, die Märkte zu beruhigen, den Einsatz von Agrartreibstoffen zu überprüfen, mehr in die Landwirtschaft zu investieren, soziale Sicherungssysteme auszubauen sowie die ländliche Entwicklung nachhaltig zu fördern. Weiterhin müsse die Paris Agenda zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt und die Nahrungsmittelkonvention reformiert werden.

([http://bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/april/20080423\\_nahrungsmittelnothilfe/index.html](http://bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/april/20080423_nahrungsmittelnothilfe/index.html))

Am 15. April stellte der Weltagrarrat seinen Bericht zur aktuellen Lage der globalen Landwirtschaft vor. Angesichts der Nahrungsmittelkrise forderte der Bericht eine radikale Reform der globalen Landwirtschaft und die Stärkung nachhaltiger Produktionsverfahren. Die industrielle Landwirtschaft mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz sei nicht mehr zeitgemäß; statt hoher Produktivität und Monokulturen sollte ein stärkeres Gewicht auf ökologische und soziale Aspekte gelegt werden. Nur so können die Herausforderungen der steigenden Preise, des Bevölkerungswachstums und des Klimawandels bewältigt werden. Mit der bisherigen Strategie lasse sich der Hunger in weiten Teilen der Welt nicht bekämpfen, es drohten weitere Hungerkrisen und soziale Instabilität. Lösungsansätze für die Nahrungsmittelknappheit lägen hingegen in der Einbeziehung indigenen und lokalen Wissens, der Stärkung von Frauen, die hauptsächlich in der Landwirtschaft arbeiten, sowie eine stärkere Fokussierung auf kleinbäuerliche Anbaumethoden. Im Auftrag der Weltbank und der UN Welternährungsorganisation (FAO) war der Bericht von rund 400 Experten erarbeitet worden.

([www.agassessment.org/docs/Global\\_Press\\_Release\\_final.doc](http://www.agassessment.org/docs/Global_Press_Release_final.doc))

Auch die Welthungerhilfe warnte vor den Folgen der hohen Lebensmittelpreise und forderte, dass ein größerer Anteil der Entwicklungshilfe für die Förderung von Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung bereitgestellt werde. Die landwirtschaftliche Entwicklung sei von Industrie- wie Entwicklungsländern in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Die Welthungerhilfe forderte daher mehr und nachhaltigere Investitionen für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit. Die künstliche Verbilligung von Nahrungsmittelpreisen könne jedoch keine Lösung für die gegenwärtige Krise sein. Stattdessen schlägt die Organisation Beschäftigungs- und Sozialprogramme vor, um die ländliche Infrastruktur zu verbessern. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac verwies in einer Stellungnahme auf den globalen Kontext der Nahrungsmittelkrise: Die bäuerliche Landwirtschaft sei durch eine Jahrzehnte währende Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Investitionspolitik von Welthandelsorganisation (WTO) und Weltbank, der EU und anderen Akteuren systematisch vernichtet worden. Das Netzwerk fordert daher einen Paradigmenwechsel in der internationalen Agrarpolitik.

([www.welthungerhilfe.de/nahrungsmittelpreise-entwicklungshilfe.html](http://www.welthungerhilfe.de/nahrungsmittelpreise-entwicklungshilfe.html);  
[www.welthungerhilfe.de/nahrungsmittel-preise-weltweit.html](http://www.welthungerhilfe.de/nahrungsmittel-preise-weltweit.html);  
[www.attac.de/aktuell/presse/presse\\_ausgabe.php?id=879](http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=879))

## **2. OECD Bericht: internationale Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit gesunken**

Am 4. April veröffentlichte der Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) seinen jährlichen Bericht zu den Entwicklungshilfeleistungen der 22 Mitgliedsstaaten. Daraus geht hervor, dass die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 2007 insgesamt gesunken sind. So standen im Jahr 2007 103,7 Milliarden US-Dollar und damit nur durchschnittlich 0,28 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Geberländer für die Armutsbekämpfung zur Verfügung. Gegenüber 2006 sind die internationalen Ausgaben damit um rund 8,4 Prozent gesunken. Dieser Rückgang geht auf die einmaligen Schuldenerlasse für Irak und Nigeria zurück, die in den Vorjahren auf die ODA angerechnet worden waren, nun aber nicht mehr anrechenbar sind. Im Gegensatz zu den internationalen Zahlungen sind die deutschen ODA-Mittel im letzten Jahr auf rund 12,3 Milliarden US-Dollar angestiegen, da Deutschland die Schuldenerlasse über einen längeren Zeitraum gestreckt hat und im Jahr 2007 zusätzliche Gelder bereit stellte. Deutschland ist nun in absoluten Zahlen hinter den USA weltweit der zweitgrößte Geber.

[www.oecd.org/document/8/0,3343,en\\_2649\\_201185\\_40381960\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/8/0,3343,en_2649_201185_40381960_1_1_1_1,00.html)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul begrüßte die gestiegenen Zahlen für Deutschland, betonte jedoch gleichzeitig den erheblichen Handlungsbedarf, um entsprechend des EU-Stufenplans bis zum Jahr 2010 den Entwicklungshaushalt auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu steigern. Zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands und der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) seien zusätzliche Finanzmittel, weitere Schuldenerlasse und innovative Finanzierungsinstrumente notwendig. Der internationale Rückgang der ODA-Zahlen zeige, dass die Industrieländer trotz großer Anstrengungen nicht genug leisteten, um die MDG bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Daher brauche die internationale Gemeinschaft dringend zusätzliche innovative Instrumente zur Finanzierung der weltweiten Armutsbekämpfung und der Eindämmung des Klimawandels. Ein solches Instrument könnte beispielsweise die Verwendung der Einnahmen aus dem Emissionshandel sein. Gleichzeitig erinnerte sie daran, dass die weltweiten Militärausgaben rund zehnmal größer seien als die Ausgaben für die Armutsbekämpfung. Es sei eine Daueraufgabe für die internationale Gemeinschaft, dieses Ungleichgewicht zu beheben.

[www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/april/20080404\\_oecd/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/april/20080404_oecd/index.html)

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) kritisierte den Rückgang der internationalen Entwicklungshilfe und sprach von einem Skandal. Auch wenn die gestiegenen ODA-Leistungen Deutschlands zu begrüßen seien, stände ein Teil dieser Gelder nicht für die Armutsbekämpfung zur Verfügung, da in die ODA-Quote auch Schuldenerlasse und kalkulatorische Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern eingerechnet würden. Auch die deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes erklärten den Rückgang der ODA-Zahlen zu einem herben Rückschlag bei der Bekämpfung von Hunger und Armut. Die internationale Gebergemeinschaft habe sich verpflichtet, ihre Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 um 132 Milliarden Dollar zu erhöhen, um die MDG zu verwirklichen. Zwischen diesem Versprechen und der Wirklichkeit klaffe nun ein Loch von 30 Milliarden Dollar. Die gestiegenen Zahlen für Deutschland dürften daher kein Grund

sein, die Hände zufrieden in den Schoß zu legen, da sie durch die Anrechnung der Schuldenerlasse voraussichtlich schon 2008 wieder fallen werden. Die Bundesregierung sei nun gefordert die für 2010 vereinbarte Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,51 Prozent des BNE durch einen verbindlichen Stufenplan zu verwirklichen. Oxfam wies darauf hin, dass sich auch die Wirksamkeit der eingesetzten Finanzmittel verbessern müsse, damit noch mehr Hilfe bei den Bedürftigen ankomme. ([www.venro.org/presse/archiv/08/pm-05-2008.pdf](http://www.venro.org/presse/archiv/08/pm-05-2008.pdf); [www.tdh.de/content/presse/pressemeldungen/detail.htm?&view=detail&id=202&year](http://www.tdh.de/content/presse/pressemeldungen/detail.htm?&view=detail&id=202&year;); [www.oxfam.de/a\\_611\\_presse.asp?id=323](http://www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=323))

### **3. Treffen der G8-Entwicklungsministerinnen und -minister in Japan**

Im Vorfeld des diesjährigen G8-Gipfels trafen sich am 5. und 6. April in Tokio die Entwicklungsministerinnen und -minister der G8-Staaten, Vertreter aus Entwicklungs- und Schwellenländern sowie aus internationalen Organisationen. Das Treffen diene den Vorbereitungen zum G8-Gipfel vom 7. bis 9. Juli, sollte jedoch auch als politischer Input zu weiteren entwicklungspolitischen Großereignissen in diesem Jahr genutzt werden. In ihrem Abschlussdokument drückten die Minister ihre Besorgnis über den Rückgang der ODA aus und bestärkten die Versprechen des G8-Gipfels von Gleneagles aus dem Jahr 2005, die Mittel für Afrika zu verdoppeln. Weiterhin wurde die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums als Schlüssel zur Armutsbekämpfung insbesondere in Afrika, die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit neuen Gebern sowie der Anpassung an den Klimawandel und ein umfassendes Konzept der menschlichen Sicherheit zur Umsetzung der MDG betont. ([www.mofa.go.jp/policy/economy/summit/2008/other/g8\\_develop\\_s.html](http://www.mofa.go.jp/policy/economy/summit/2008/other/g8_develop_s.html))

Für Deutschland nahm Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul am G8-Vorbereitungstreffen teil. Vor ihrer Abreise begrüßte sie, dass die japanische G8-Präsidentschaft die Themen der deutschen Präsidentschaft aus dem Vorjahr aufgegriffen und den Kampf gegen Armut in Afrika und gegen den Klimawandel zu Schwerpunkten des Treffens in Hokaido erklärt hatte. Sie selber wolle sich für die Bestätigung und Umsetzung der Verpflichtungen aus den Vorjahren einsetzen. Zentral seien dabei kohärente Strukturen zur Finanzierung der Anpassungsmaßnahmen für den Klimawandel, von dem vor allem Afrika betroffen sei. ([www.bmz.de/de/presse/pm/2008/april/pm\\_20080404\\_33.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2008/april/pm_20080404_33.html))

Im Vorfeld des G8-Gipfels rief die Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ in Anlehnung an die japanische Tradition des Tanabata dazu auf, Wünsche an die G8 zu formulieren. Die Tanabata-Aktion bietet eine Plattform, um Forderungen an die G8-Staaten für mehr und bessere Armutsbekämpfung Ausdruck zu verleihen. Die Wünsche werden gesammelt und entsprechend der japanischen Tradition an Bambusbäume gehängt. Vor dem G8-Gipfel werden die Bäume mit den Wünschen am 7. Juli der Bundesregierung überreicht. Auf der Website von „Deine Stimme gegen Armut“ können die Tanabata Flyer runtergeladen beziehungsweise virtuell ausgefüllt werden. Die gemeinsame Aktion von VENRO und Herbert Grönemeyer will die Regierungen der G8-Staaten an ihre Versprechen zur weltweiten Armutsbekämpfung erinnern, die sie auf vorherigen Gipfeltreffen abgegeben haben. ([www.deine-stimme-gegen-armut.de/start.html](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/start.html))

#### **4. Sparstreit in der Bundesregierung gefährdet Erhöhung des Entwicklungsetats**

Anlässlich der Aufstellung des Entwurfs für den Bundeshaushaltsplan 2009 ist ein Streit um die Höhe der Etats einzelner Ministerien entbrannt. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück drohte vier Ministerien, darunter dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), ihnen ihre Etathoheit zu entziehen, sollten sie sich nicht dem Ziel der Haushaltskonsolidierung unterordnen. Die Pläne Steinbrücks trafen im BMZ auf heftige Kritik. Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul betonte, dass die Mittel, die das BMZ für den Bundeshaushaltsentwurf 2009 aufgestellt habe, den internationalen Zusagen entsprächen, zu denen sich die gesamte Bundesregierung – zuletzt beim G8-Gipfel in Heiligendamm – verpflichtet habe. Die internationale Verantwortung Deutschlands dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deutschland stünde zu den MDG und dem Kampf gegen Kindersterblichkeit und Klimawandel in der Welt. Der Kampf gegen den Klimawandel sei allemal billiger, als anschließend die Schäden zu beseitigen, so die Ministerin. Der Haushaltsentwurf 2009 soll am 25. Juni im Bundeskabinett beschlossen werden und geht dann in die parlamentarische Beratung. ([http://bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/april/20080410\\_haushalt/index.html](http://bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/april/20080410_haushalt/index.html))

VENRO unterstützte die Kritik der Ministerin. Der Sparkurs widerspreche den Zusagen der Bundesregierung, die Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren um 750 Millionen Euro zu steigern. „Frau Wieczorek-Zeul macht nur ihre Hausaufgaben und wird dafür von Herrn Steinbrück abgestraft“, kritisierte VENRO- Vorstandsvorsitzende Claudia Warning. Deutschland könne die Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 nur dann auf die zugesagten 0,51 Prozent des BNE steigern, wenn ab 2008 ein jährlicher Zuwachs von mindestens einer Milliarde Euro erreicht würde. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke (agl) kritisierte den Sparkurs von Bundesminister Steinbrück. Deutschland müsse sich seiner weltweiten Verantwortung stellen und sich auch finanziell weiterhin für die Umsetzung der MDG einsetzen. Diese liefen durch die angestrebten Einsparungen massiv Gefahr, nicht annähernd umgesetzt zu werden. Schließlich äußerte sich auch der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan im Namen des hochrangigen „Africa Progress Panels“ besorgt über die geplanten Haushaltskürzungen. „Wir können es uns nicht leisten, unsere Verpflichtungen gegenüber den Armen in einer Zeit zurückzunehmen, in die bisherige Erfolge auf dem Weg zur Erreichung der MDG aufgrund des Klimawandels und der steigenden Nahrungsmittelpreise gefährdet sind“, erklärte Annan. ([www.venro.org/presse/archiv/08/pm-07-2008.pdf](http://www.venro.org/presse/archiv/08/pm-07-2008.pdf); [www.ber-ev.de/?Aktuelles/hwz](http://www.ber-ev.de/?Aktuelles/hwz); [www.africaprogresspanel.org](http://www.africaprogresspanel.org))

#### **5. Frühjahrstagung von IWF und Weltbank**

Am 12. und 13. April fand in Washington die gemeinsame Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Weltbank statt. Auf der Tagesordnung standen die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft, die Bewältigung der Finanzkrise sowie Reformen innerhalb des IWF. Ärmeren Staaten und Schwellenländern soll in Zukunft ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden (vgl. 2015-aktuell 03/2008). Außerdem soll ein Teil der Goldreserven des IWF verkauft werden, um dem drohenden Defizit von 400 Millionen Dollar in den nächsten Jahren entgegenzuwirken. Aus aktuellem Anlass rückte auch die Nahrungsmittelkrise auf die Tagesordnung des

Treffens. Angesichts der Hungerkrise forderten beide Institutionen ein rasches Eingreifen gegen die steigenden Nahrungsmittelpreise. Weltbankpräsident Zoellick plädierte dafür, dass die Regierungen den Aufforderungen des Welternährungsprogramms nachkommen und ihm zusätzlich 500 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen sollten. Im Vorfeld der Frühjahrstagung hatten die Internationalen Finanzinstitutionen ihren jährlichen Global Monitoring Report mit einem Schwerpunkt auf der Verbindung von MDG und Umweltfragen veröffentlicht. Der Bericht warnt davor, dass die meisten Entwicklungsländer die MDG bis zum Jahr 2015 nicht erreichen werden. Gefährdet sei insbesondere die Verwirklichung der Ziele zur Reduzierung der Kinder- und Müttersterblichkeit, sowie zur Grundschulbildung, Ernährung und sanitären Grundversorgung.

([www.imf.org/external/spring/2008/index.htm](http://www.imf.org/external/spring/2008/index.htm) ; [www.worldbank.org/gmr2008](http://www.worldbank.org/gmr2008))

Das Südwind-Institut kritisierte die Stimmrechtsreform des IWF als unzureichend. Mit einer Anhebung des Stimmenanteils der Entwicklungsländer um lediglich 1,5 Prozent auf 42 Prozent werde die Chance verpasst, den IWF zu demokratisieren und ihn durch eine tief greifende Reform aus seiner gegenwärtigen Krise herauszuholen. Mit dem ausgehandelten Kompromiss werde die Institution nicht die notwendige Legitimation erhalten, um zu ihrer eigentlichen Aufgabe, der Herstellung weltwirtschaftlicher Stabilität und der Überwindung globaler wirtschaftlicher Ungleichgewichte, beizutragen. WEED kritisierte im Vorfeld der Frühjahrstagung die Ansiedlung der neuen Klima-Investitionsfonds bei der Weltbank, sowie die nach wie vor unzureichenden Investitionen der Weltbank im Bereich erneuerbare Energien. WEED zufolge gefährdeten die neuen Fonds internationale Klimaverhandlungen durch unnötige Parallelstrukturen zur Bekämpfung des Klimawandels. Stattdessen sei eine Stärkung der Instrumente im Rahmen der UN erforderlich. Weiterhin müssten die Milliardeninvestitionen in den Ausbau konventioneller Energiesysteme in Entwicklungsländern gestoppt und stattdessen in die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz investiert werden. ([www.suedwind-institut.de/Odt\\_sw-start-fs.htm](http://www.suedwind-institut.de/Odt_sw-start-fs.htm); [www.weed-online.org/themen/iwf/1098291.html](http://www.weed-online.org/themen/iwf/1098291.html))

## **6. Europäisches Parlament fordert mehr Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit**

Mitte März verabschiedete das Europäische Parlament einen Bericht zum Thema „Gleichstellung und Teilhabe – die Rolle der Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit“. Damit reagierte das Parlament auf eine Mitteilung, die die Europäische Kommission im vergangenen Jahr zu diesem Thema veröffentlicht hatte. In ihrem Bericht weisen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nun darauf hin, dass Geschlechtergerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist und fordern Maßnahmen zur Förderung von Frauenrechten in den Bereichen verantwortungsvolle Regierungsführung, Bildung, Gesundheit, und Gewalt gegen Frauen. Obwohl die Berücksichtigung der Genderperspektive 1995 vom Europäischen Rat zum grundlegenden Prinzip der Entwicklungszusammenarbeit erklärt wurde, werde dieses Prinzip nicht ausreichend umgesetzt. Unter anderem fehlten eine ausreichende Finanzierung sowie Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zur Veränderung von Gesetzen, Institutionen und bestehenden patriarchalen Strukturen. Das Europäische Parlament fordert daher den Rat auf, einen europäischen Sonderbeauftragten für Frauenrechte einzuführen, um so Europas Verpflichtung zum Empowerment von Frauen in der

Entwicklungspolitik und die Umsetzung der MDG zu stärken.  
([www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0035+0+DOC+WORD+V0//EN](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0035+0+DOC+WORD+V0//EN))

## 7. Soziale Sicherung und Millenniumsziele

Der Aufbau und die Stärkung sozialer Sicherungssysteme in Entwicklungsländern sollen ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden. Dass geht aus einem Antrag der Koalitionsfraktionen hervor, der am 13. März 2008 mit den Stimmen aller Fraktionen (bei Enthaltung der FDP) im Bundestag verabschiedet wurde (Drucksache 16/7747). Der Antrag zeigt die Bedeutung von sozialen Sicherungssystemen für eine nachhaltige Armutsbekämpfung auf und fordert eine verstärkte Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf Vorhaben im Bereich der sozialen Sicherung und entsprechende haushälterische und institutionelle Konsequenzen. Der Antrag fordert, soziale Sicherheit als eigenen sektoralen Schwerpunkt im BMZ zu verankern und das Thema soziale Sicherheit als thematische Zielgröße für den Haushalt 2009 aufzunehmen. Darüber hinaus wird eine stärkere Konzentration auf die Bereiche Grundsicherung und soziale Sicherung im informellen Sektor gefordert. Auch der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte fordert in einem kürzlich angenommenen Kommentar (Nr. 19) die Verwirklichung des Rechts auf soziale Sicherung.

(<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/077/1607747.pdf>;

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G08/403/97/PDF/G0840397.pdf?OpenElement>)

Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst veröffentlichten Anfang April die Studie **„Sozialgeldtransfer und Millenniumsentwicklungsziele – eine menschenrechtliche Betrachtung“**. Die Studie untersucht anhand von drei Länderbeispielen die Stärken und Schwächen von Sozialgeldtransfers aus Menschenrechtsperspektive. Anhand von Untersuchungen in Brasilien, Malawi und Sambia zeigen die Autoren auf, dass sich die direkte finanzielle Unterstützung von Haushalten und Einzelpersonen als effizientes Instrument zur Reduzierung der drastischen Einkommensunterschiede in vielen Entwicklungsländern erwiesen hat. Sozialgeldtransfers stehen im engen Zusammenhang zu den Millenniumszielen 1 bis 6, da sie gegen Armut und Hunger verwendet werden können und eine finanzielle Grundlage beispielsweise für Schulbesuch und Gesundheitsversorgung bieten. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den drei Ländern empfehlen die Autoren, Sozialtransfer zu einem zentralen Politikelement der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Sie sollten jedoch auf den Menschenrechten aufgebaut werden, um die Empfänger unabhängig von den Verteilungssystemen lokaler Eliten zu Berechtigten zu machen und Missbrauch zu vermeiden.

([www.fian.de/fian/downloads/pdf/ak+gruppen/SCT\\_Study\\_Web\\_DE.pdf](http://www.fian.de/fian/downloads/pdf/ak+gruppen/SCT_Study_Web_DE.pdf))

## 8. UNICEF-Bericht zu Kindern und AIDS

Am 17. April veröffentlichte UNICEF den Bericht „Kinder und AIDS“. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich 2007 rund 420 000 Kinder mit HIV infiziert haben. Die meisten der Kinder kommen schon mit dem Virus auf die Welt, jedes zweite von ihnen stirbt ohne medizinische Behandlung vor dem zweiten Lebensjahr. Trotz Fortschritten bei Prävention, medizinischer Behandlung und finanzielle Unterstützung konnte bisher kein Durchbruch bei der Bekämpfung der Epidemie erreicht werden. Es beständen

außerdem immer noch große Datenlücken vor allem in den afrikanischen Ländern, die besonders von HIV/ AIDS betroffen sind, so dass das tatsächliche Ausmaß der Epidemie unzureichend dokumentiert sei. Der Bericht zeigt aber auch Fortschritte auf: so konnten mehr Kinder und werdende Mütter medizinisch versorgt werden, während die finanziellen Mittel für den Kampf gegen AIDS in den letzten Jahren drei Jahren von 6,1 Milliarden auf 10 Milliarden US-Dollar anstiegen.

([www.unicef.de/5353.html](http://www.unicef.de/5353.html))

---

### **Kurz notiert:**

Im Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union warnte Heidemarie Wiecek-Zeul vor einer möglichen Stagnation der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit und kündigte für Ende des Jahres einen gemeinsamen **Umsetzungsbericht Deutschlands und der EU zu den Millenniums-Entwicklungszielen** an. Ein Schwerpunkt des Berichtes soll unter anderem auf der Bekämpfung des Hungers liegen.

[www.bundestag.de/aktuell/hib/2008/2008\\_099/03.html](http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2008/2008_099/03.html)

Ein aktualisiertes **Länderprofil zu Bangladesch** auf der Website PRSP Watch bietet neben ausführlichen Informationen zu den zivilgesellschaftlichen Partizipationsprozessen bei der Erstellung der Strategiepapiere zur Armutsminderung (PRSP) einen Serviceteil mit Links und weiteren Informationen. Die Erstellung des Interim-PRSP wird von wissenschaftlicher und NRO-Seite als kritisch betrachtet, da es von nur zwei Experten erstellt wurde und Arme daran nicht wirklich beteiligt waren.

[www.prsp-watch.de/laenderprofile/bangladesch.php](http://www.prsp-watch.de/laenderprofile/bangladesch.php)

Das neue online Handbuch „**Making PRSP Inclusive**“ zeigt Pilotprojekte von Handicap International, der Christoffel Blindenmission und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zur Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in den PRSP-Prozess auf. Neben einer grundlegenden Einführung zum Thema PRSP und Behinderung werden auch Projektplanung und Lobbyarbeit sowie eine Toolbox vorgestellt. [www.making-prsp-inclusive.org](http://www.making-prsp-inclusive.org)

Die Bertelsmann Stiftung hat ihren aktuellen **Transformationsindex** vorgelegt, in dem sie die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und politischem Management in 125 Entwicklungs- und Schwellenländern untersucht. Besonders gut schneiden dabei Chile, Estland und Botsuana ab, während Somalia, Birma und Simbabwe die Schlusslichter bilden.

[www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_23825\\_23826\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23825_23826_2.pdf)

---

### **Termine**

#### **8. Mai 2008, Berlin, GKKE**

Deutsche Rüstungsexporte auf dem Vormarsch  
Podiumsdiskussion

Informationen unter [www3.gkke.org](http://www3.gkke.org)

**8. bis 10. Mai 2008, Münster, Fachhochschule Münster**

Globalisierungsverlierer Lateinamerika?

Akademietagung

Informationen unter [www.franz-hitze-haus.de/](http://www.franz-hitze-haus.de/)

**9. bis 12. Mai 2008, Dortmund, Bundeskoordination Internationalismus**

Dabei sein ist alles? Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse

31. BUKO-Kongress

Informationen unter [www.buko.info/kongress/buko31/buko31.html](http://www.buko.info/kongress/buko31/buko31.html)

**12. bis 16. Mai 2008, Bonn, EED, AgB, HBS, GENET u.a.**

Planet Diversity – World Congress on the future of food and agriculture

Internationaler Kongress

Informationen unter [www.planet-diversity.org/de/home.html](http://www.planet-diversity.org/de/home.html)

**16. bis 18. Mai 2008, Kassel, Brot für die Welt, FIAN und Germanwatch**

Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung

MultiplikatorInnen-Training

Informationen unter [www.fian.de](http://www.fian.de)

**24. Mai 2008, Hamburg, FES und Marie-Schlei-Verein**

Frauen und Wirtschaft – Themenschwerpunkt: Arbeit und Armutsbekämpfung

Seminar

Informationen unter <http://julius-leber-forum.de/veranstaltungen/termine/124878/>

**30. bis 31. Mai 2008, Frankfurt, medico international**

"Solidarität – heute!"

Internationale Konferenz

Informationen: [www.medico-international.de/40jahre/mi\\_40jahre\\_konferenzflyer.pdf](http://www.medico-international.de/40jahre/mi_40jahre_konferenzflyer.pdf)

**30. bis 31. Mai 2008, Bonn, Germanwatch**

Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung

Internationale Konferenz

Informationen unter [www.germanwatch.org/termine/2008-05-30.htm](http://www.germanwatch.org/termine/2008-05-30.htm)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*